



SDA-Bulletin

Zürich, 19. Oktober 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates

Die Quarantäne nach der Einreise in die Schweiz soll nicht abgeschafft werden, auch wenn die Passagiere einen negativen Corona-Test vorweisen können. Dies hat der Kantonsrat entschieden, indem er ein dringliches Postulat der FDP mit 137 Nein zu 31 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt hat ([KR-Nr. 316/2020](#)).

Vermögende Zürcherinnen und Zürcher sollen keine Prämienverbilligung beziehen dürfen. Der Kantonsrat hat in erster Lesung eine Vermögensgrenze eingeführt ([5643](#)). Er entschied dabei, dass diese Obergrenze flexibel bleiben solle. Der Regierungsrat erhält somit die Möglichkeit, die Obergrenze jährlich anzupassen. Das neue Einführungsgesetz ist erst seit April in Kraft. Inzwischen haben die Behörden jedoch bemerkt, dass die Vermögensobergrenze darin fehlte. Das ergänzte Gesetz soll bereits am 15. November in Kraft treten. Voraussetzung dafür ist, dass bei der zweiten Lesung eine Zweidrittelmehrheit zustande kommt.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP und der EDU mit 73 Stimmen vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass Sozialdetektive zur Aufdeckung möglicher Sozialhilfemissbräuche auf GPS-Tracker zurückgreifen dürfen ([KR-Nr. 368/2018](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt, bevor der Kantonsrat definitiv über Zustimmung oder Ablehnung entscheidet.

Gemeinden sollen sich nicht an den Kosten für einen Seeuferweg beteiligen müssen. Das Strassengesetz soll entsprechend geändert werden. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von SP, GLP und Grünen mit 87 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 196/2019](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt, bevor der Kantonsrat definitiv über Zustimmung oder Ablehnung entscheidet.

Die Mitglieder des Universitätsrates sollen künftig vom Kantonsrat gewählt werden, nicht mehr vom Regierungsrat. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von Grünen, SVP und SP mit 159 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 213/2019](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt, bevor der Kantonsrat definitiv über Zustimmung oder Ablehnung entscheidet.

Der Kantonsrat soll künftig für die Wahl des Fachhochschulrates zuständig sein, nicht mehr der Regierungsrat. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von Grünen, SVP und SP mit 153 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 214/2019](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt, bevor der Kantonsrat definitiv über Zustimmung oder Ablehnung entscheidet.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP/EDU-Fraktion abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass der Kanton Zürich eine Standesinitiative zur Abschaffung der Härtefallklausel einreicht ([KR-Nr. 266/2019](#)). Auslöser für den Vorstoss war eine vom Bund publizierte Statistik, die zeigte, dass nur 58 Prozent der kriminellen Ausländer in ihre Heimat abgeschoben werden. Bei den restlichen 42 Prozent kommt die Härtefallklausel zum Einsatz.

Sozialhilfebehörden sollen bei Strafverfahren, etwa bei Sozialhilfemissbrauch, künftig Parteirechte wahrnehmen. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von FDP, GLP und SP mit 145 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 307/2019](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt, bevor der Kantonsrat definitiv über Zustimmung oder Ablehnung entscheidet.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der AL abgelehnt, mit der eine Geschlechterquote im Kantonsrat, im Regierungsrat, in den obersten Gerichten und im Ständerat gefordert wurde ([KR-Nr. 308/2019](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von Grünen, SP und GLP mit 84 Stimmen vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass das Planungs- und Baugesetz dahingehend geändert wird, dass in Bau- und Zonenordnungen auch die Zahl der Veloabstellplätze aufgeführt wird ([KR-Nr. 341/2019](#)). Die Initiative wird nun einer Kommission zur Beratung zugeteilt, bevor der Kantonsrat definitiv über Zustimmung oder Ablehnung entscheidet.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass der Kanton Zürich eine Standesinitiative nach Bern schickt, um das Jugendstrafrecht zu verschärfen ([KR-Nr. 352/2019](#)).

Zürcher Beizen sollen künftig «Einarmige Banditen» aufstellen dürfen, also Geschicklichkeitsspielautomaten mit tiefen Geld-Einsätzen und vergleichsweise tiefen Gewinnen. Der Kantonsrat hat dies in erster Lesung so beschlossen ([5606](#)). Damit die Benutzer nicht der Spielsucht am «Einarmigen Banditen» verfallen, genehmigte der Kantonsrat gleichzeitig eine Abgabe in einen Spielsuchtfonds. Pro Jahr sollen zehn Prozent des im Kanton gemeldeten Bruttospielertrages in diesen Topf fliessen. Das neue Geldspielgesetz soll bereits auf Januar 2021 in Kraft gesetzt werden. Die zweite Lesung findet in etwa vier Wochen statt. Im Kanton Zürich sind vergleichbare Automaten seit den 1990er-Jahren verboten.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung dem Beitritt des Kantons Zürich zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat (GSK) und zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen (IKV 2020) zugestimmt ([5607](#)). Mit dem Beitritt zu den beiden Konkordaten per 1. Januar 2021 wird sichergestellt, dass das bisherige System beibehalten werden kann. Demnach können Grosslotterien und grosse Sportwetten von einer von den Kantonen betriebenen Veranstalterin durchgeführt werden und die daraus erzielten Reingewinne kommen der Förderung des nationalen Sports und den Fonds der Kantone mit gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken zugute. Die zweite Lesung findet in etwa vier Wochen statt.

Der Kantonsrat hat Gabriel Mäder (GLP, Adliswil) zum neuen Mitglied der Justizkommission gewählt ([KR-Nr. 363/2020](#)). Er ersetzt Claudia Wyssen.

(sda/nic.)